

# Erwartungen an die neue Landesregierung

Bürgerinitiativen und Kommunalpolitiker diskutierten in der Linksfraktion

„Wir wollen mit allen Betroffenen frühzeitig den Dialog suchen“, sagte Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, zu Beginn der bis auf den letzten Platz besetzten Informations- und Diskussionsveranstaltung über kommunalpolitische Erwartungen an die neue Landesregierung.

Vor über 60 Vertreterinnen und Vertretern von Bürgerinitiativen und aus der Kommunalpolitik sowie einer ganzen Reihe von Landtagsabgeordneten der LINKEN stellte Frank Kuschel auf der Veranstaltung am 20. Januar im Käte-Duncker-Saal der Fraktion die

gleich neu strukturieren, ein kommunales Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“ vorlegen und die derzeitigen unzureichenden Regelungen zu Bürgergehören und -beteiligung verbessern.

Dass sich die im Anschluss entspannende rege Diskussion auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen und auf die finanzielle Situation der Kommunen im Freistaat fokussierte, war nicht überraschend. Die Erwartungshaltung der Bürgerinitiativen und Kommunalpolitiker ist insbesondere in diesem Zusammenhang nach vielen Jahren des politischen Stillstandes außerordentlich hoch.

Gefordert werden zeitnahe und zukunftssteuerte Entscheidungen. Im Koali-

legenden Höhe unter anderem für die Erhöhung des Kommunalen Finanzausgleichs und für die Unterstützung von strukturell belasteten Kommunen verwendet. Wichtig ist zudem, dass Kommunen in der eigenen Investitionstätigkeit unterstützt werden.

Dazu gehört, dass Kommunen, die sich in der Haushaltskonsolidierung befinden, in notwendige Infrastrukturmaßnahmen investieren können. Für Ralf Hauboldt, Bürgermeister der Stadt Sömmerda, stellte sich dabei die Frage, welche Kriterien zur finanziellen Stärkung der Kommunen gelten werden. Ein Thema, welches auch die Bürgermeisterin von Neuhaus am Rennweg, Marianne Reichelt, in ihrem Rede-



umfänglichen kommunalpolitischen Inhalte des bundesweit ersten rot-rot-grünen Koalitionsvertrages vor.

Staatssekretär Udo Götze aus dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (im Foto rechts Bildmitte) machte deutlich, dass er sich auf die neue Aufgabe und den damit verbundenen Dialog mit der Kommunalpolitik freue. Die Rückmeldung darüber, was vor Ort relevant ist, sei ihm in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Man werde u.a. gemeinsam mit den Kommunen den Kommunalen Finanzaus-

tauschvertrag haben sich die Parteien geeinigt, die rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu begrenzen und andere Modelle der Erhebung zu diskutieren.

Die Regelung bei den Kommunalfinanzien beinhaltet, dass bevor ab 2016 in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden der Kommunale Finanzausgleich strukturell und finanziell den Erfordernissen angepasst wird, 2015 eine Übergangslösung erfolgt. So werden im Haushaltjahr 2015 Haushaltsüberschüsse in einer festzu-

beitrag in den Mittelpunkt stellte.

Frank Kuschel kündigte zum Abschluss der dreistündigen Diskussion eine regelmäßige thematisch strukturierte Fortführung des Dialogs mit der kommunalen Ebene an. Die Reform der Kommunalordnung, die Stärkung des ländlichen Raumes, der Ausbau des Breitbandnetzes, die Schulnetzplanung und die geplante Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform sind dabei nur ein kleiner Ausschnitt der zu bearbeitenden Themen.

Matthias Gärtner

## VON A BIS Z:

### Ausschussvorsitzende

Am 15. Januar haben sich die **Fachausschüsse des Landtags konstituiert und ihre Vorsitzenden und Stellvertreter gewählt. Die LINKE hat in vier Ausschüssen den Vorsitz:**

Im Gleichstellungsausschuss wurde **Karola Stange**, Sprecherin der Linksfraktion für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik, zur Vorsitzenden gewählt.

**Tilo Kummer**, Sprecher für Umwelt und Forsten, steht dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz vor, nachdem er in der vergangenen Legislaturperiode bereits den Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz und in der 4. Wahlperiode des Landtags (2004 bis 2009) den Ausschuss für Naturschutz und Umwelt geleitet hatte.

Zum Vorsitzenden des Innen- und Kommunausschusses wurde **Steffen Dittes**, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, gewählt.

Den Ausschuss für Europa, Kultur und Medien leitet **Jörg Kubitzki**, europapolitischer Sprecher der Fraktion, der bereits in der vergangenen Legislaturperiode dem Europaausschuss des Landtags vorstand.

**Dieter Hausold**, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion, wurde als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Wissenschaft gewählt. **Knut Korschewsky**, sport- und tourismuspolitischer Sprecher der LINKEN, hat den stellvertretenden Vorsitz im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport inne. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Plenarsitzungen des Thüringer Landtags:

Nachdem jetzt Plenarsitzungen des Thüringer Landtags in der Zeit vom 28. Januar bis 30. Januar stattgefunden haben, sind die nächsten Plenartage anberaumt (jeweils mittwochs bis freitags): vom 25. bis 27. Februar, vom 25. bis 27. März sowie am 29. und 30. April und in der Zeit vom 27. bis 29. Mai.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Grundrechte

„Bei näherer Betrachtung erweist sich die Vorratsdatenspeicherung als Angriff auf die Pressefreiheit, mit der ihre Wiedereinführung jetzt von einigen begründet werden soll. Sie höhlt insbesondere den Informantenschutz als wichtige Stütze der Presse völlig aus“, so MdL Katharina König, die darauf darauf aufmerksam, dass auch viele Journalistenverbände, wie DJV, VDZ, Freischreiber und Reporter ohne Grenzen, sich auch aus diesem Grund ausdrücklich gegen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung aussprechen. „Die Vorratsdatenspeicherung hebt Grundrechte aus, statt sie zu schützen. Daher spricht sich Rot-Rot-Grün im Koalitionsvertrag konsequent gegen die die Wiedereinführung aus.“ ■

## Überprüfungsgesetz

In Reaktion auf die Kritik der CDU-Landtagsfraktion zum Umgang der Regierungsfractionen von Rot-Rot-Grün mit dem Abgeordnetenüberprüfungsgesetz erklärte die LINKE Justizpolitikerin Sabine Berninger: „Die CDU hatte überhaupt nicht vor, den Gesetzentwurf mit einer Anhörung zur Diskussion zu stellen, diese gibt es erst auf Betreiben der Koalition.“ Die Oppositionsfraktion der CDU hatte in einer Verlautbarung bemängelt, dass die Anhörung nicht breit genug angelegt sei. „Die Pressemitteilung des Herrn Wirkner ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten“, sagte die Abgeordnete. Die CDU solle statt solcher Täuschungsmanöver „besser endlich mit der Aufarbeitung ihrer Vergangenheit beginnen.“ ■

## Attacke

In der Nacht zum 14. Januar wurden die Scheiben der gemeinsamen Büroräume für den Wahlkreis von Steffen Dittes und der LINKE-Geschäftsstelle in Weimar eingeworfen. „Diese Attacke ist eine von vielen in letzter Zeit auf Büros der LINKEN in Nacht-und-Nebel-Aktionen verübt wurden. Wir lassen uns davon weder einschüchtern, noch in unserem politischen Engagement beeinträchtigen. Irgendwie hatte ich mir das anders vorgestellt mit dem offenen, zur Kommunikation einladenden Büro in Weimar. Mensch sollte während der Sprechzeiten die Tür benutzen, anstatt nachts zu versuchen, die Scheiben einzuwerfen. Dann gibt es auch eine Antwort und keine Strafanzeige“, so MdL Steffen Dittes. ■